



Stadt Zofingen

Protokoll des Einwohnerrates

Amtsperiode 2006/09

5. Sitzung

Montag, 11. September 2006

17.30 – 20.53 Uhr im Stadtsaal

Vorsitz

Käthi Hagmann, Vizepräsidentin

Protokollführer

Arthur Senn, Stadtschreiber

Anwesend

36 Mitglieder des Einwohnerrates

7 Mitglieder des Stadtrates

- Rolf Degen, Bauverwalter
- Catrin Friedli-Accola, Stadtschreiber-Stv.
- Thomas Gloor, Leiter Stabsdienste
- René Küng, Finanzverwalter

Entschuldigungen

Bruno Hostettler, Ratspräsident

Hans Peter Iseli, Einwohnerrat

Marc Plüss, Einwohnerrat

Markus Schlatter, Einwohnerrat

<u>Traktanden</u>	<u>Seite</u>
1. Mitteilungen	69
2. Einbürgerungen	
GK 66 Bajramović geb. Omercević Ekrema, 1959, mit Sohn Bajramović Izet, 1999, bosnisch-herzegowinische Staatsangehörige, Mühlemattstrasse 6	70
GK 67 Kunarajah Ajanthan, 1989, srilankischer Staatsangehöriger, Untere Grabenstrasse 14	71
GK 68 Tanceva geb. Ivanova Trajanka, 1970, mit den Kindern Tancev Darko, 1991, und Tanceva Vera, 1994, mazedonische Staatsangehörige, Botensteinerstrasse 4	71
GK 69 Trepado Flavio, 1982, portugiesischer Staatsangehöriger, Brittnauerstrasse 10	71
3. Kreditbewilligungen	
GK 70 Stadtbibliothek (Lateinschulhaus) – Kreditbewilligung für die Innensanierung und die bibliotheksspezifische Modernisierung sowie Zustimmung zur Einführung Neuer Medien und Benutzergebühren	71
4. Regionale Zusammenarbeit	
GK 71 Regionalpolizei Zofingen – Aufbau und Organisation	79
5. Parlamentarische Vorstösse	
GK 62 Motion von Philipp Hangartner (SVP) vom 15. Mai 2006 betr. Nutzung des Einsparungs-Potentials durch neue Informatik-Lösung (Begründung und Beantwortung)	81
GK 64 Interpellation der SP-Fraktion vom 15. Mai 2006 betr. Textiles Werken an der Unterstufe (Begründung und Beantwortung)	83
GK 65 Interpellation der FDP-Fraktion vom 15. Mai 2006 betr. Kreisel Luzernerstrasse (Begründung und Beantwortung)	84
6. Umfrage	85

Begrüssung

Fr. Käthi Hagmann, Vizepräsidentin, begrüsst die anwesenden Mitglieder des Einwohnerrates, des Stadtrates, die Bereichsleiter, die Pressevertreter sowie die Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Tribüne zur fünften Sitzung der Legislaturperiode 2006/09.

Mitteilungen

Die Vizepräsidentin informiert, dass es eine Änderung in der heutigen Traktandenliste gibt. Die traktandierte Motion der SVP-Fraktion (GK 63) vom 15. Mai 2006 betr. Strategischer Wechsel vom „Abwartkonzept“ zum Betriebskonzept mit Hauswarten in öffentlichen Gebäuden wurde im Einvernehmen mit dem Motionär auf die Einwohnerratssitzung vom 23. Oktober 2006 verschoben. Stadtammann Hans-Ruedi Hottiger begründete die Verschiebung mit noch laufenden Verhandlungen und Abklärungen.

Die Vizepräsidentin wünscht dem Ratspräsidenten Bruno Hostettler, welcher sich einer Operation unterziehen musste, auf diesem Weg gute Besserung. Gleichzeitig heisst sie Stadtschreiber Arthur Senn, welcher nach der Umstrukturierung der Stadtkanzlei neu als Ratssekretär amtiert, herzlich in diesem Kreis willkommen.

Die Vizepräsidentin weist auf die verteilten Unterlagen (Voranschlag 2007 der Einwohnergemeinde, angepasste Einwohnerrats-Sitzordnung, Geschäftsbericht erzo) hin.

Nachdem gegen das Protokoll der Einwohnerratsitzung vom 19. Juni 2006 innert der gesetzlichen Frist keine Einwände eingegangen sind, wird dieses unter bester Verdankung an den Ratssekretär genehmigt.

Neueingänge

Folgende parlamentarische Vorstösse sind neu eingegangen:

- Motion der SVP-Fraktion betreffend Parkiermöglichkeiten Freibad Zofingen.
- Interpellation der SP-Fraktion betreffend kantonales Steuergesetz – Volksabstimmung vom 26. November 2006.

Art. 32

Einbürgerungen

GK 66

Bajramović geb. Omercević Ekrema, 1959, mit Sohn Bajramović Izet, 1999, bosnisch-herzegowinische Staatsangehörige, Mühlemattstrasse 6

GK 67

Kunarajah Ajanthan, 1989, srilankischer Staatsangehöriger, Untere Grabenstrasse 14

GK 68

Tanceva geb. Ivanova Trajanka, 1970, mit den Kindern Tancev Darko, 1991, und Tanceva Vera, 1994, mazedonische Staatsangehörige, Bottensteinerstrasse 4

GK 69

Trepado Flavio, 1982, portugiesischer Staatsangehöriger, Brittnauerstrasse 10

Fr. Patricia Misteli, Referentin der FGPK, erklärt, dass alle Gesuche von der FGPK geprüft und als in Ordnung befunden wurden. Einzig beim Gesuch von Frau Tanceva geb. Ivanova Trajanka gab es Fragen aufgrund eines Arbeitszeugnisses. In diesem Arbeitszeugnis ist vermerkt, dass die Kommunikation mit Frau Tanceva in der deutschen Sprache ein wenig eingeschränkt ist. Der Stadtrat konnte sich aber beim Gespräch mit Frau Tanceva vergewissern, dass sie über gute Deutschkenntnisse verfügt. Die Rückfragen der FGPK konnten somit geklärt werden. Die Aussage im Arbeitszeugnis hat sich auf die berufliche Kommunikation im Medizinbereich bezogen, welche natürlich etwas schwieriger ist. Die FGPK stimmt somit allen Gesuchen einstimmig zu.

Hr. Hans-Ruedi Hottiger, Stadtammann, erklärt, dass der Stadtrat alle Gesuche vorbehaltlos unterstützt.

Nachdem keine weitere Diskussion zu den Einbürgerungsgesuchen gewünscht wird, lässt die Vizepräsidentin über die stadträtlichen Anträge abstimmen. Die anwesenden Gesuchsteller/Innen werden gebeten, den Saal vor der Abstimmung zu verlassen.

GK 66

Bajramović geb. Omercević Ekrema, 1959, mit Sohn Bajramović Izet, 1999, bosnisch-herzegowinische Staatsangehörige, Mühlemattstrasse 6

Dem stadträtlichen Antrag wird mit 35 : 0 Stimmen zugestimmt.

GK 67

Kunarajah Ajanthan, 1989, srilankischer Staatsangehöriger, Untere Grabenstrasse 14

Dem stadträtlichen Antrag wird mit 35 : 0 Stimmen zugestimmt.

GK 68

Tanceva geb. Ivanova Trajanka, 1970, mit den Kindern Tancev Darko, 1991, und Tanceva Vera, 1994, mazedonische Staatsangehörige, Bottensteinerstrasse 4

Dem stadträtlichen Antrag wird mit 35 : 0 Stimmen zugestimmt.

GK 69

Trepado Flavio, 1982, portugiesischer Staatsangehöriger, Brittnauerstrasse 10

Dem stadträtlichen Antrag wird mit 35 : 0 Stimmen zugestimmt.

Art. 33**GK 70****Stadtbibliothek (Lateinschulhaus) – Kreditbewilligung für die Innensanierung und die bibliotheksspezifische Modernisierung sowie Zustimmung zur Einführung Neuer Medien und Benutzergebühren**

Hr. Rolf Moor, Referent der FGPK, erklärt, dass die FGPK diese Vorlage an zwei Sitzungen geprüft hat. Die Abstimmung in der FGPK fiel ausser beim 3. Antrag, Benutzergebühren, einstimmig aus. Die Abstimmung über den 3. Antrag ging knapp zugunsten des stadträtlichen Antrages aus. Aus diesem Grunde wird anschliessend Peter Wullschleger, FGPK-Mitglied, die Meinung der Minderheit erläutern.

Hr. Rolf Moor führt zur Vorlage Folgendes aus:

Einleitung

Bei dieser Vorlage teilen sich wieder einmal die Meinungen, vor allem bezüglich der Gebühren. Dies spürte man in letzter Zeit deutlich, insbesondere seit sich das Zofinger Tagblatt zu diesem Thema stark zu Wort meldete. Je nachdem, wie der Einwohnerrat heute entscheidet, liegt ja auch ein Referendum in der Luft. Es ist das gute Recht jedes Einwohners und jeder Einwohnerin von Zofingen, die eigene Meinung zu vertreten und auch zu debattieren. Nur sollten diese Personen und die Presse Respekt gegenüber anderen Meinungen und Personen aufbringen. Dies gerade bei diesem Geschäft, bei dem die Ansichten und Meinungen auf ganz verschiedenen Wegen erlangt werden können.

Die Meinung der FGPK wird auf einer sachlichen, verantwortungsvollen Ebene präsentiert, was auch Aufgabe der Kommission ist.

Bauliche Veränderungen

Die FGPK konnte sich anlässlich eines Augenscheins in der Stadtbibliothek ein Bild von den geplanten baulichen Veränderungen machen. Seit 1974 bis heute wurden keine weiteren Investitionen mehr vorgenommen. Insbesondere im Bereich Sicherheit bestehen grosse Mängel. Dies stellte auch das Aargauische Versicherungsamt (AVA) fest. Die geplanten und notwendigen Investitionen sind mit hohen Kosten verbunden.

Die Lüftungsanlage funktioniert seit längerem nicht mehr und entspricht nicht mehr den heutigen technischen Vorschriften. Dadurch sind die wertvollen, alten Schriften im Heimatarchiv grossen Temperatur- und Feuchtigkeitsschwankungen ausgesetzt. Aus Spargründen werden bei der jetzigen Sanierung nur noch die fensterlosen Nebenräume und Archive belüftet. Somit

erhalten die Archivräume eine konstante Temperatur und Luftfeuchtigkeit, was als sehr sinnvoll und notwendig empfunden wird.

Die Sanierung der Kanalisation ist unumgänglich. In den letzten Jahren, letztmals 2005, hat es infolge nicht funktionierender Rückstauklappen immer wieder Überschwemmungen gegeben. Zusammenfassend werden folgende Sanierungsarbeiten ausgeführt:

- Anpassungen an die verschiedenen Sicherheitsvorschriften, welche vom AVA vorgegeben wurden
- Neuer Lift
- Isolation Estrichboden
- Neue, schalldämmende Bodenbeläge
- Neue, schalldämmende Decken
- Anpassung der Elektroinstallationen
- Anpassung der Lüftungs- und Klimaanlage
- Diverse Anpassungen und Ergänzungen wie: Maler-, Schreiner-, Gipserarbeiten etc.

Aus Spargründen werden die bestehenden Regale in der neu sanierten Bibliothek wieder verwendet. Bei der Prüfung des Geschäftes kam deutlich zum Ausdruck, dass die Investitionskosten deutlich nach unten korrigiert wurden. Wünschbares, wie zum Beispiel die neuen Büchergestelle oder die optimale Platzierung der Büroräumlichkeiten usw. wurde gestrichen. Die FGPK stellt fest, dass diese Investitionen der Realität entsprechen, und Alternativen wie ein Neubau oder die Umplatzierung der Bibliothek in ein anderes Gebäude der Stadt Zofingen die heute vorliegenden Kosten deutlich überschreiten würde. Der heutige Standort in der Altstadt wird als absolut richtig empfunden. Der jetzige Standort trägt einen grossen Anteil zur Besucherfrequenz der Stadt Zofingen bei. Dies bedeutet aber nicht, dass die Besucherfrequenz der Altstadt als gut bezeichnet werden kann. Nein, diese ist leider immer noch ungenügend!

Investitionskosten

Die Investitionskosten von CHF 2'526'700.– erscheinen als sehr hoch. Analysiert man diese Kosten, kommt man aber zum Ergebnis, dass sie doch der Realität entsprechen:

- Das Lateinschulhaus hat ein Volumen von 6'167 m³. Ein Einfamilienhaus hat im Durchschnitt 600 – 800 m³.
- Bedenkt man auch, was für Flächen vor allem an Decken, Böden, Wänden etc. bearbeitet werden müssen, wirkt der Investitionsbedarf dementsprechend glaubwürdiger.
- Der Anteil für die zwingend gesetzlich auszuführenden Arbeiten beträgt rund CHF 350'000.–. Die Ausführung dieser Arbeiten wurde leider vor 30 Jahren versäumt.
- Vergleicht man die Sanierungskosten BKP 2 mit dem Umbau eines Altbaus der Stadtbibliothek Aarau, bei dem diese auf einen m³-Preis von CHF 362.– kamen. Der m³-Preis beträgt in Zofingen CHF 339.– nach Abzug der gesetzlich vorgeschriebenen Investitionen.
- Die Honorarkosten wurden ebenfalls speziell geprüft. Die eingestellten Honorare für Fachingenieure und Beratungen entsprechen den heutigen wirtschaftlichen Gegebenheiten.
- Für sämtliche vorliegenden Kosten wurden Offerten eingeholt und entsprechen somit einem realistischen Kostenvoranschlag.

Die FGPK hat zur Kenntnis genommen, dass bei dieser Sanierung Wünschbares gestrichen wurde und sich die Sanierung auf heutige technische Erkenntnisse stützt.

Benutzergebühren

Die aktuellen Betriebsnettokosten der Stadtbibliothek belaufen sich gemäss Voranschlag 2007 auf jährlich knapp CHF 600'000.–. Darin nicht enthalten sind die Abschreibungs- und Zinskosten der getätigten Investitionen (Gebäude/Einrichtungen). Schreibt man nun die geplanten Investitionen über 30 Jahre ab und berücksichtigt auch noch die Zinskosten, so ergibt sich eine zusätzliche jährliche Belastung von gut CHF 150'000.–. Die Bibliothek kostet die Stadt momen-

tan netto rund CHF 750'000.–. Zu berücksichtigen ist, dass die Ortsbürgergemeinde auch noch einen jährlichen Beitrag von CHF 60'000.– leistet. Effektiv sind es also über CHF 800'000.–.

Gemäss Einwohnerratsvorlage wird die Bibliothek zu 63 % von auswärtigen Besuchern frequentiert. Insofern leistet die Stadt Zofingen einen erheblichen „regionalen“ Kulturbeitrag. Rein mathematisch sprechen wir von rund CHF 500'000.–, fairer Weise muss man aber auch noch die so genannte „Standortsgunst“ berücksichtigen. Auch mit diesem Bonus verbleibt aber immer noch eine sehr grosse „Zentrumslast“. Nebenbei ist zu erwähnen, dass die umliegenden Gemeinden einen läppischen Beitrag von CHF 5'300.– leisten. Das entspricht 0.67 % der Nettokosten.

Die „Freunde und Gönner der Stadtbibliothek“ leisten bisher einen freiwilligen Beitrag von gut CHF 80'000.– an die jährlichen Medienkosten, was von der FGPK sehr respektiert und geschätzt wird. Dieser Betrag ist in der Rechnung der Einwohnergemeinde nicht enthalten. Brutto betrachtet, deckt dieser Betrag aber nur 10 % der jährlichen Kosten. Die Mehrheit der FGPK ist der Ansicht, dass nicht diese Minderheit von 10 % die Gebührenpolitik bestimmen sollte, was aber leider momentan, mit starker Unterstützung des Medienhauses Zofinger Tagblatt, der Fall ist.

Hauptziel der neuen Gebührenordnung ist es, die jährlichen Folgekosten der Medienerweiterung von rund CHF 75'000.– durch zusätzliche Einnahmen finanzieren zu können. Dieses Ziel kann gemäss Ertragsmodell erreicht werden. Die Belastung für die Einwohnergemeinde bleibt aber praktisch auf dem bisherigen Niveau. Da die umliegenden Gemeinden bisher keine grossen Anstalten gemacht haben, zusätzliche Gemeindebeiträge zu sprechen, werden mit dem Gebührenmodell die auswärtigen Benutzer/innen mehr belastet. Zofinger und auswärtige Jugendliche an Zofinger Volksschulen können die Printmedien weiterhin gratis ausleihen. Dass für die Nonbooks eine Benutzergebühren verlangt wird, ist auch andernorts üblich. Demzufolge ist die negative Haltung gegenüber den Gebühren nicht ganz nachvollziehbar. Zum Schluss ist noch zu erwähnen, dass die Stadt Zofingen pro Kopf im Vergleich zu anderen Städten relativ viel Geld für die Bibliothek ausgibt. Qualität hat seinen Preis, und Zofingen kann stolz sein auf seine qualitativ hoch stehende Bibliothek.

Der FGPK wurden an der letzten Sitzung der Voranschlag 2007 sowie der Finanz- und Investitionsplan für die nächsten Jahre präsentiert. Wie man auch aus der Presse entnehmen konnte, muss die Stadt Zofingen voraussichtlich 20 Mio. Franken für die Ausfinanzierung der Aargauischen Pensionskasse (APK) leisten. Diese 20 Mio. Franken sind ein tiefer Schlag für die Entwicklung der Finanzen der Stadt Zofingen in den nächsten Jahren. Es muss dringend darauf geachtet werden, dass jährlich wiederkehrende Kosten nicht ansteigen, sondern eher gesenkt werden können, insbesondere im Bereich der Zentrumsfunktion. Die Stadtbibliotheksvorlage ist genau ein solches Geschäft, bei welchem mit der Einführung von Benutzergebühren die wiederkehrenden Kosten im Rahmen gehalten werden können. Die Stadt Zofingen hat in den letzten Jahren viel Verantwortung in Sachen Zentrumsfunktionen übernommen und wird dies auch noch in Zukunft tun. Es kann aber nicht sein, dass Zofingen bei diesen Zentrumsaufgaben, wie z.B. Regionales Zivilstandesamt, die anderen Gemeinden subventioniert. Die Politikerinnen und Politiker der Exekutive und Legislative haben nicht nur eine Verantwortung für das Politische, sondern auch für das Finanzielle der Stadt Zofingen, mit dem Auftrag dies auch dem Souverän ehrlich und sachlich zu kommunizieren.

Schlusswort

Die Mehrheit der FGPK empfiehlt Ihnen, alle stadträtlichen Anträge zu genehmigen. Die Kommission hofft, dass die Fairness bei diesem doch emotionalen Geschäft nicht verloren geht und auf eine faire Berichterstattung aller heute Abend zu hörenden Pro- und Contra-Voten.

Hr. Peter Wullschleger, Mitglied der FGPK, erklärt, dass er die Minderheitsmeinung der FGPK vertritt. Die FGPK lehnte einen Antrag, auf die Einführung jeglicher Benutzergebühren im Bereich der Printmedien zu verzichten, mit 2 : 4 Stimmen ab. Dies aus folgenden Gründen:

- Es war nicht die Meinung der Motion SP/LÄZ, welche die Einführung Neuer Medien verlangte, dass diese aus Benutzergebühren finanziert wird.
- Die Freunde und Gönner der Stadtbibliothek Zofingen sind eine Gruppierung, welche die Bibliothek seit Jahren unterstützt. Mit der Einführung von Benutzergebühren wird diese Vereinigung infrage gestellt.
- Die Befürworter der Benutzergebühren sprechen immer von vergleichbaren Bibliotheken, welche schon lange Benutzergebühren haben. In diesem Fall schlägt die Minderheit der FGPK vor, beim speziellen, bis anhin geltenden Modell zu bleiben, was die Stadtbibliothek Zofingen auch von anderen Bibliotheken abheben würde.
- Die Einführung Neuer Medien verursacht neue wiederkehrende Mehrkosten von CHF 75'000.–. Wenn man Gebühren für die Ausleihe der Neuen Medien erhebt, was die Kommission auch befürwortet, belaufen sich die Mehrkosten auf zirka CHF 50'000.–. Es wird davon ausgegangen, dass die Beiträge der umliegenden Gemeinden noch höher ausfallen könnten. Soweit die Mehrkosten von CHF 75'000.– nicht mit verursachergerechten Gebühren finanziert werden können, geht die Minderheit der FGPK davon aus, dass toleriert werden muss, dass ein geringer Betrag an neuen Kosten entsteht.

Die Minderheit der FGPK ist der Meinung, dass mit der Einführung von Benutzergebühren keine Überdeckung entstehen sollte. Die Mehrkosten belaufen sich auf jährlich CHF 75'000.–, mit den geplanten Benutzergebühren würden aber über CHF 100'000.– mehr eingenommen. Es wird zumindest eine Reduktion der Benutzergebühren bei den Printmedien erwartet. Die Minderheit der FGPK verzichtet aber auf einen Antrag, da davon ausgegangen wird, dass seitens des Rates diese Meinung auch vertreten, und ein entsprechender Antrag gestellt wird.

Nachdem Eintreten nicht bestritten ist, eröffnet die Vizepräsidentin die Eintretensdebatte.

Hr. Hans-Martin Plüss erklärt, dass die SP-Fraktion die Vorlage unterstützt. Der Baukredit wurde sorgfältig von der FGPK geprüft. Ebenfalls unterstützt die SP-Fraktion die Einführung Neuer Medien. Damit wird die Attraktivität der Stadt Zofingen gesteigert. Zudem wird die Abschreibung der Motion der SP/LÄZ-Fraktion befürwortet. Die SP-Fraktion ist aber mit der Einführung von Benutzergebühren nicht einverstanden. Es wurde gemunkelt, dass die SP das Geschäft zurückweisen möchte. Dies entspricht aber überhaupt nicht den Tatsachen. Die SP wird den stadträtlichen Anträgen zustimmen, auch dem 3. Antrag, Benutzergebühren, falls die Abstimmungen über die gestellten Anträge positiv ausfallen.

Hr. Hansruedi Schlatter informiert, dass die Fraktion der Dynamischen Mitte grundsätzlich die Sanierung der Stadtbibliothek sowie die Einführung Neuer Medien befürwortet. Bei den Benutzergebühren gehen die Meinungen jedoch auseinander. Nonbooks gehören heute zum Angebot einer Bibliothek. Leider fehlen in der Vorlage Angaben über das zukünftige Marketing oder die Öffnungszeiten. Wenn schon Benutzergebühren erhoben werden, sollten auch die Öffnungszeiten ausgedehnt werden. Die DYM bittet den Stadtrat, die Kundenwünsche zu erfassen und danach die Öffnungszeiten entsprechend anzupassen.

Betreffend Gebühren muss zuerst diskutiert werden, ob eine Bibliothek zu den Grunddienstleistungen einer Gemeinde gehört, wie z.B. Schulen und Strassen. Wenn dies verneint wird, steht die Frage der freien Finanzierung, wie bis anhin durch den Verein Freunde und Gönner der Stadtbibliothek, oder Benutzergebühren zur Debatte. Das vorgeschlagene Gebührenmodell erscheint kompliziert, und die einzelnen Gebühren relativ hoch.

Es wird auch bemängelt, dass gewisse Angaben und Ausführungen in der Vorlage fehlen.

Hr. Thomas Bühler erklärt, dass die SVP-Fraktion dieses Projekt kritisch hinterfragt hat. Der Standort sowie die notwendigen Innensanierungen sind unbestritten. Es ist der SVP-Fraktion auch bewusst, dass eine Bibliothek gewisse Anforderungen erfüllen muss. Wenn der Steuerfuss weiterhin tief gehalten werden möchte und das Angebot der Stadtbibliothek mit Neuen Medien ausgebaut werden soll, ist eine Einführung von Benutzergebühren unumgänglich. Die

vorgeschlagenen Gebühren werden aber als relativ hoch empfunden. Wenn man sich bis anhin mit der Stadtbibliothek solidarisiert hat, ist man bestimmt Mitglied des Vereins Freunde und Gönner der Stadtbibliothek. Der SVP-Fraktion erscheint die Einführung von Neuen Medien als teure Investition, welche auch zukünftige Folgekosten mit sich zieht. Die SVP-Fraktion wird den stadträtlichen Anträgen eins, drei und vier einstimmig sowie dem Antrag zwei mehrheitlich zustimmen.

Hr. Thomas Valko erläutert, dass das Geschäft nach Ansicht der FDP-Fraktion sehr umfassend und seriös vorbereitet wurde. Die Innensanierung als grösster finanzieller Aufwand beseitigt die vorhandenen Sicherheitsmängel. Die Einführung Neuer Medien widerspiegelt den heutigen Trend Richtung Nonbooks. Diese Einführung wird auch sinnvollerweise zusammen mit der Innensanierung durchgeführt.

Die Einführung von Benutzergebühren hat im Vorfeld für emotionale Stimmung gesorgt. Der stadträtliche Vorschlag findet jedoch die Unterstützung der FDP-Fraktion, weil er vor allem bei den Neuen Medien, die für den Betrieb der Bibliothek einen Mehraufwand bedeuten, angemessene Gebühren vorschlägt, die zumindest die Folgekosten decken. Ohne Gebühren würde die Stadtkasse um fast CHF 100'000.– mehr belastet. Auch die Existenz des Gönnervereins wird nicht in Frage gestellt, da die Gebühren nicht enorm höher ausfallen als der bisherige Vereinsbeitrag. Die FDP-Fraktion stimmt sämtlichen stadträtlichen Anträgen zu.

Hr. Stefan Giezendanner hält nochmals fest, dass sich die SVP-Fraktion mehrheitlich für diese Vorlage ausspricht. Für ihn ist die Innensanierung unbestritten. Der Zeitpunkt für diese Sanierung ist in Anbetracht von anderen wichtigen, notwendigen Projekten und Investitionen fragwürdig. Dagegen stellt er die Einführung Neuer Medien sehr infrage. Die Wichtigkeit dieser Nonbooks ist unbestritten, aber ist es sinnvoll, diese in der Stadtbibliothek Zofingen anzubieten, weil doch sehr vieles über das Internet konsumiert wird, wie z.B. auch die Bestellung von Nonbooks. Die geplante Einführung von Nonbooks ist eine grosse Investition für eine kleine Benutzergruppe. Mit der Erstanschaffung ist es auch nicht getan, es werden Aufstockungen folgen, wie z.B. die 70 %- Stelle für die Bewirtschaftung dieser Nonbooks.

Nachdem die Eintretensdebatte abgeschlossen ist, eröffnet die Vizepräsidentin die Detailberatung über die Vorlage.

I Innensanierung der Stadtbibliothek (Lateinschulhaus)

2. Bauliche Sanierung

Hr. Hansruedi Schlatter stellt fest, dass in der Vorlage keine Angabe in Bezug auf die Heizung gemacht wird. Er hat sich bei der Bauverwaltung erkundigt und festgestellt, dass doch CHF 65'000.– für die Heizung investiert werden. Warum wurde dies in der Vorlage nicht erwähnt? Gemäss den Informationen in der Vorlage werden die Archive entsprechend belüftet. Wie sieht es in den anderen Räumen aus? Warum wurden bei der Innensanierung die Fenster nicht miteinbezogen? Wurde die Variante Minergie auch geprüft, und wie verträgt sich diese Innensanierung mit dem angestrebten Label „Energistadt“?

Fr. Annegret Dubach, Stadträtin, erklärt, dass in Bezug auf die Heizung das Nötigste gemacht wird, da man immer wieder die Kosten vor Augen hatte. In den anderen Räumen wird durch Öffnen und Schliessen der Fenster gelüftet. Das Energielabel kann durch die Beleuchtung erzielt werden. Die Fenster sind noch in einem so guten Zustand, dass man von einer Ersetzung absah.

Hr. Rolf Degen, Bauverwalter, informiert, dass bei diesem Projekt Prioritäten gesetzt werden mussten. Das Projekt „Energistadt“ ist in Bearbeitung, das Label wird aber kaum von diesem Projekt abhängig sein.

II Einführung Neuer Medien (Nonbooks)

2. Sortimentsangebot in Allgemeinen Öffentlichen Bibliotheken

Fr. Annegret Dubach, Stadträtin, antwortet auf die vorgängige Frage von Stefan Giezendanner. Sie erklärt, dass das geplante Angebot der Neuen Medien aufgrund von Erkenntnissen und Bedürfnissen zusammengestellt wurde. Die heutige Art, Medien zu konsumieren, nennt man Medienverbund, und es ist wichtig, dass die Stadt Zofingen in diesem Bereich mithalten kann.

7. Folgekosten der Medienerweiterung und deren Finanzierung

Fr. Annegret Dubach, Stadträtin, erklärt, dass es wünschenswert wäre, wenn ein solches Angebot kostenlos angeboten werden könnte, aber die zukünftige finanzielle Lage lässt dies leider nicht mehr zu. Es müssen Strategien gesucht werden, dass die gute Infrastruktur und die hohe Qualität von Zofingen gehalten werden kann, ohne dass einzelne Institutionen geschlossen werden müssen. Aus diesen Gründen ist die Einführung von Gebühren unumgänglich. In erster Linie müssen die Mehrkosten von CHF 75'000.– gedeckt sein. Mit dem Überschuss wird die Stadtkasse entlastet. Es handelt sich auch um optionale Zahlen. Die Gebühren sind ihrer Meinung nach aber fair in Bezug auf die gebotene hohe Qualität.

Hr. Hans-Ruedi Hottiger, Stadtammann, erklärt anhand einer Folie, dass es nicht so ist, dass bei Nichteinführung von Benutzergebühren der Finanzhaushalt von Zofingen auf den Kopf gestellt würde. Es sprechen jedoch folgende finanzpolitische Überlegungen für eine Einführung:

Die Stadt Zofingen bezahlt dem Kanton einen Finanz- und Lastenausgleich als Zentrumsgemeinde. Der Nettoertrag würde im Jahr 2008 erfreulich steigen, jedoch muss ein grosser Teil, nämlich 1,8 Mio. Franken, direkt wieder an den Kanton, für die struktur- und finanzschwachen Gemeinden, abgeliefert werden. Zu diesen Gemeinden zählen auch Nachbargemeinden von Zofingen, deren Einwohner/innen die Bibliothek Zofingen benutzen. Auf der einen Seite bezahlt Zofingen Finanzausgleich und gleichzeitig stellt man den Einwohner/innen der Nachbargemeinden noch kostenlos Bücher zur Verfügung. Dies ist doch etwas viel. Zofingen bekennt sich als Zentrumsgemeinde, und es ist der Stadt auch bewusst, dass Lasten übernommen werden müssen, doch einige dieser regionalen Aufgaben dürfen benutzerorientiert weiterverrechnet werden. Es gibt aber auch sehr viele Dienstleistungen, die nie in Rechnung gestellt werden können. Es muss auch immer wieder festgestellt werden, dass die Bereitschaft der Nachbargemeinden, sich an Dienstleistungen und Infrastrukturen finanziell zu beteiligen, eher gering ist. Aus diesen Gründen ist es dem Stadtrat wichtig, dass gewisse Infrastrukturen, die es von der Art und Weise her zulassen, den Benutzer/innen in Rechnung gestellt werden. Somit ist es auch gerechtfertigt, dass die auswärtigen Benutzer/innen ein wenig mehr bezahlen als Zofinger Einwohner/innen.

Mehr Nutzer/innen verursachen mehr Kosten und somit auch mehr Aufwand. Der Ertrag muss somit gesteigert werden, und das kann nur mit Einführung von Gebühren erfolgen. Ziel der Einführung Neuer Medien ist es, junge Leute an das Printangebot zu locken, sodass Jugendliche nicht nur Nonbooks, sondern auch vermehrt wieder Bücher konsumieren. Wenn dies so eintreffen würde, dann stiege die Ausleihe der Printmedien, was wieder mehr Aufwand verursachen würde und somit auch Mehrkosten. Diese Mehrkosten könnten mit dem Überschuss der Benutzergebühren gedeckt werden. Es muss ein Mechanismus bestehen, dass der Mehraufwand durch Mehrerträge gedeckt werden kann. Der Stadtrat erachtet es als sehr wichtig, dass in der Bibliothek ein „niederschwelliges“ Angebot besteht, jedoch dieses Angebot nicht kostenlos sein darf.

III Einführung einer Benutzergebühr

2. Gebühren

Hr. Hans-Martin Plüss erklärt, dass diese Vorlage sehr gut ausgearbeitet und vorbereitet wurde. Einzig die Gebühren passen nicht in diese Baukredit-Vorlage. Er sieht den Zusammenhang zwischen der Renovation der Stadtbibliothek und den Benutzergebühren sowie der Einführung Neuer Medien nicht. Es ist auch so, dass schlussendlich die Benutzer/innen von Printmedien die Neuen Medien quersubventionieren. Er empfindet das Vorgehen als reine Sparmass-

nahme im Zusammenhang mit der Innensanierung, und dies ist sehr gefährlich. Es ist auch referendumpolitisch ein gewisses Risiko, welches der Stadtrat damit eingeht.

Er empfindet die Gebühren als sehr hoch. Wie soll eine Bibliothek finanziert werden? Gehört sie zu einem Grundangebot einer Stadt oder ist es eine spezielle Dienstleistung, welche über Gebühren finanziert werden sollte. Ist es richtig, ausgerechnet bei Bildung und Kultur mit der Einführung von Benutzergebühren zu starten?

Er spricht sich für die Finanzierung aus Steuergeldern aus, auch sollen Nachbargemeinden einen entsprechenden Beitrag an diese Infrastruktur leisten. Der Gönnerverein sowie die Ortsbürgergemeinde, welche die Stadtbibliothek unterstützen, sind sehr wichtig. Er kann sich mit den Benutzergebühren für die Neuen Medien einverstanden erklären, aber er ist klar gegen eine Benutzergebühr für die Ausleihe von Printmedien. Aus diesen Gründen stellt die SP-Fraktion mehrheitlich folgenden Antrag:

Hauptantrag

Im Gebührenmodell (Seite 8 der Vorlage) sei auf die Benutzungsgebühren für Printmedien zu verzichten.

Eventualantrag

Im Gebührenmodell (Seite 8 der Vorlage) sei auf die Erhebung von Benutzungsgebühren für Printmedien von ortsansässigen Jugendlichen in Ausbildung ab 16 – 26 Jahren zu verzichten.

Hr. Thomas Valko stellt seitens der FDP-Fraktion folgenden **Eventualantrag**, falls der Hauptantrag der SP-Fraktion auf Verzicht der Benutzergebühren für Printmedien angenommen würde:

Die Gebühren der Nonbooks seien von CHF 20.– auf CHF 40.– im Jahr für Ortsansässige sowie von CHF 30.– auf CHF 60.– pro Jahr für Auswärtige zu erhöhen.

Für Hr. Philipp Hangartner stellt sich die Frage der Rechtsgleichheit. Es sind rollstuhlgängige Aufgänge und Lifte geplant. Wie sieht es aus, wenn ein Blinder/eine Blinde in der Stadtbibliothek ein Hörbuch ausleihen möchte?

Fr. Patricia Misteli stellt fest, dass das geplante System bekannt ist vom Freibad Zofingen. Warum dieser Aufschrei, ist Lesen mehr Kultur als baden gehen? Der Einwohnerrat ist aber nicht nur seinen Wählern und Wählerinnen verpflichtet, laut Eid ist er auch der Stadt verpflichtet. Es gilt Eigenverantwortung und auch Verantwortung gegenüber der Stadtkasse zu übernehmen. Sie bittet die Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte, den stadträtlichen Anträgen zuzustimmen.

Hr. Hans-Martin Plüss erklärt, dass man damit rechnet, dass die Beiträge des Gönnervereins um CHF 40'000.– abnehmen werden. Bei den Nonbooks rechnet man mit Gebühren von CHF 20'000.–, somit entstehen CHF 75'000.– Mehrkosten.

Fr. Yolanda Senn Ammann stellt fest, dass eine Familie für CHF 60.– im Jahr Bücher ausleihen kann. Dieser Betrag und auch die Diskussionen sind eigentlich lächerlich. Sie befürwortet die vorgeschlagenen Gebühren und findet es eine grosse Dienstleistung der Stadt, dass man „fast gratis“ Bücher beziehen kann. Aus ihrer Sicht ging bei den vorgängigen Diskussionen ein grosser Sponsor vergessen, nämlich die Steuerzahler/innen von Zofingen.

Fr. Annegret Dubach, Stadträtin, erklärt, dass es nicht sinnvoll ist, jetzt ein Kredit für die Sanierung und erst später ein Betriebskonzept dem Einwohnerrat vorzulegen. Aus diesem Grunde hat man diese beiden Bereiche in einer Vorlage zusammengefasst.

Es werden immer wieder die Gebühren von Baden und Aarau als Vergleich herangezogen. Es ist jedoch so, dass die Regionalisierung in diesen beiden Städten gelungen ist. Die Region Zofingen ist noch nicht so weit und aus diesem Grunde sind auch die Gebühren höher.

Der Gönnerverein könnte sehr gut im Bereich der Leseförderung eingesetzt werden. Leseförderung bedeutet nicht, dass man Bücher gratis abgibt, sondern:

- Anpassung des Sortiments an die Bedürfnisse
- Vermittlung von Lesestrategien

Der Gönnerverein sollte ein Förderverein werden und das Bibliothek-Team bei Leseförderungsprojekten unterstützen. Der Stadtrat kann sich damit einverstanden erklären, dass die Gebühren für Jugendliche in Ausbildung bis 26 Jahre gestrichen werden.

Hr. Christoph Dombrowsky findet, dass die Wichtigkeit der Kultur einer Bibliothek beim Vergleich mit einem Freibad unterschätzt wird.

Abstimmung

Hauptantrag der SP-Fraktion

Im Gebührenmodell (Seite 8 der Vorlage) sei auf die Benutzungsgebühren für Printmedien zu verzichten.

Der Antrag wird mit 24 : 11 Stimmen abgelehnt.

Eventualantrag der SP-Fraktion

Im Gebührenmodell (Seite 8 der Vorlage) sei auf die Erhebung von Benutzungsgebühren für Printmedien von ortsansässigen Jugendlichen in Ausbildung ab 16 – 26 Jahren zu verzichten.

Der Antrag wird mit 21 : 14 Stimmen abgelehnt.

Damit ist der Eventualantrag der FDP-Fraktion hinfällig.

Es erfolgen keine weiteren Wortmeldungen mehr. Die Vizepräsidentin lässt über die stadträtlichen Anträge abstimmen:

1. *Für die Innensanierung der Stadtbibliothek (Lateinschulhaus) und die bibliotheksspezifische Modernisierung sei ein Bruttokredit von CHF 2'526'700.–, zuzüglich allfälliger Bauteuerung, abzüglich Bezug aus dem Bibliotheksfonds sowie Beitrag der „Freunde der Stadtbibliothek Zofingen“ an Benutzerausweise, zu bewilligen.*

Der Antrag wird mit 35 : 1 Stimmen angenommen.

2. *Für die Einführung Neuer Medien sei ein Bruttokredit von CHF 330'300.–, abzüglich Bezug aus dem Bibliotheksfonds sowie Beitrag der „Freunde der Stadtbibliothek Zofingen“, zu bewilligen und es sei den jährlichen Folgekosten der Medienerweiterung zuzustimmen.*

Der Antrag wird mit 35 : 1 Stimmen angenommen.

3. *Der Einführung von Gebühren für die Benützung der Stadtbibliothek gemäss Ziffer III auf den Zeitpunkt der Wiederaufnahme des Bibliotheksbetriebes im sanierten Gebäude sei zuzustimmen. Der Stadtrat sei zu ermächtigen, die Benutzergebühren bei Bedarf in eigener Kompetenz anzupassen.*

Der Antrag wird mit 23 : 13 Stimmen angenommen.

4. *Die Motion betreffend Einführung Neue Medien in der Stadtbibliothek Zofingen der Fraktion SP/LÄZ vom 10.9.2001 sei abzuschreiben.*

Der Antrag wird mit 35 : 0 Stimmen angenommen.

Art. 34**GK 71****Regionalpolizei Zofingen – Aufbau und Organisation**

Hr. Philipp Hangartner, Referent der FGPK, hält fest, dass die FGPK folgende Chancen in Bezug auf die Einführung der Regionalpolizei (Repol) sieht:

- Stärkung der Funktion als Zentrumsstadt.
- Verbesserung der Sicherheit durch eine grössere Polizeipräsenz vor Ort.
- Vertretbare Kosten in Bezug auf die Aufbauphase.

Die FGPK hat die Besetzung des Chefpostens hinterfragt und ist zum Schluss gekommen, dass die verantwortlichen Personen schlussendlich einen gangbaren Weg gewählt haben.

Gefahren der Repol

- Die Funktionalität resp. das Einsatzkonzept konnte nicht getestet werden.
- Die Repol wird ein grosses geographisches Gebiet betreuen. Die Anforderungen der Kunden (Gemeinden) sind noch nicht gefestigt.
- Der budgetierte Betriebsverlust im zweiten Betriebsjahr erscheint unschön. Es wurde der FGPK aber versichert, dass in den Jahren 2007 und 2008 eine sehr verhaltene Budgetierung angewendet wurde und es wahrscheinlich ist, dass dieser Verlust nicht eintritt.

Offene Arbeiten und Abklärungen der Repol

- Erstellen eines konkreten, detaillierten Einführungsprogramms nach Phasen vom 1. Januar 2007 bis 31. Dezember 2008.
- Abschliessende Erarbeitung des Einsatzkonzepts.
- Erstellung eines Detailbudgets.
- Aufteilung der Aufgaben zwischen Repol und Kantonspolizei in der Übergangsphase.
- Besetzung der Stellen mit qualifiziertem Personal.
- Klärung Verfahren in Bezug auf die auswärtigen Kosten (Ertragsverteiler).

Die FGPK stimmte sämtlichen stadträtlichen Anträgen einstimmig zu und ist der Meinung, es sei sehr wichtig, dass der Einwohnerrat heute dasselbe beschliesst.

Nachdem Eintreten nicht bestritten ist, eröffnet die Vizepräsidentin die Eintretensdebatte.

Hr. Peter Wullschleger erklärt, dass Zofingen von dieser Vorlage profitiert, da Zofingen seit Jahren dem verfassungsmässigen Auftrag des Kantons zur Wahrung der Sicherheit vor Ort nachkommt. Dies hat bedeutet, dass Zofingen die Stadtpolizei mit Steuergeldern finanzierte und gleichwohl auch noch Steuern für die Kantonspolizei ablieferte. Durch die Regionalisierung fällt nun diese Doppelbelastung weg, da jede Gemeinde in Zukunft selber für die lokale Sicherheit verantwortlich ist. Die SP-Fraktion ist der Meinung, dass Zofingen eine gute Vorlage für diese Regionalisierung und den Aufbau ausgearbeitet hat. Der SP ist es jedoch ganz wichtig, dass in der zweijährigen Übergangsphase der Verkehrsunterricht an den Schulen und Kindergärten weitergeführt wird. Es wurde versichert, dass dieser Verkehrsunterricht weiterhin durchgeführt wird. Es wurde auch sehr geschätzt, dass der zuständige Ressortvorsteher, Herr Herbert H. Scholl, allen Fraktionen einen Besuch abstattete und die offenen Fragen beantwortete. Die SP-Fraktion ersucht den Einwohnerrat um einstimmige Zustimmung zu dieser Vorlage.

Hr. Robert Weishaupt stellt fest, dass die Regionalpolizei die günstigste Lösung für die Stadt Zofingen ist. Personalressourcen können vereinigt und auf einem grösseren Gebiet eingesetzt werden. Die Arbeit wird so interessanter und vielseitiger. Es wird auch begrüsst, dass der Ausbildungsstandard des Regionalpolizeikorps erhöht wird und der Standort bei der Kantonspolizei sein wird. Die Fraktion der Dynamischen Mitte hofft auf einen positiven Entscheid des Ein-

wohnerates und ebenfalls auf Zustimmung aller beteiligten Gemeinden durch die Gemeindeversammlungen.

Hr. Hansruedi Hauri erklärt, dass die SVP-Fraktion diese Vorlage begrüsst. Es ist gut, dass Zofingen als Standort diese Verantwortung wahrnimmt. Der Standort im Bezirksgebäude ist sinnvoll, obwohl der Mietzins relativ hoch ist, aber dies wird mit der Synergiennutzung der Kantonspolizei kompensiert. Die SVP-Fraktion hofft, dass die Vorlage auch an den Gemeindeversammlungen der Mitgliedsgemeinden angenommen wird.

Hr. Daniel Schmid erklärt, dass es in Bezug auf das Thema Sicherheit verschiedene Grundsätze gibt:

- Konzentration der Kräfte
- Handlungsfreiheit
- Reservebildung
- Mut zur Lücke

Der letzte Grundsatz scheint ihm sehr wichtig auch in Bezug auf die Regionalpolizei. Die FDP-Fraktion stimmt dieser Vorlage einstimmig zu.

Nachdem die Eintretensdebatte abgeschlossen ist, eröffnet die Vizepräsidentin die Detailberatung über die Vorlage.

Hr. Herbert H. Scholl, Stadtrat, bedankt sich, dass er allen Fraktionen die Vorlage anlässlich deren Sitzungen präsentieren durfte. Die schriftliche Fragenbeantwortung anlässlich der FGPK-Sitzung hat sich auch als wertvoll erwiesen. Er betont, dass der Verkehrsunterricht an den Schulen weiterhin gewährleistet ist. Bezüglich der Miete der neuen Lokalitäten ist er zuversichtlich, dass diese noch ein wenig gesenkt werden kann. Die Stadt Zofingen ist mit diesem Projekt in einer Art „Schaufenster“, und der Einwohnerrat gibt heute ein Signal für die Region und es wäre sehr schön, wenn es ein positives Signal sein würde.

Hr. Dieter Matter erklärt, dass Zofingen mit der Regionalpolizei in der Öffentlichkeit steht und es darum sehr wichtig ist, dass der Stadtrat dieses Projekt weiterhin gut plant, kontrolliert und auch die Führung überprüft. Er hätte es sinnvoller gefunden, wenn die Leitung der Regionalpolizei von einer Person, welche bereits Erfahrung mit einem grossen Polizeikorps hat, übernommen worden wäre. Die Regionalpolizei ist eine schwierige Aufgabe, und Zofingen übernimmt damit eine grosse Verantwortung.

Es werden keine weiteren Wortmeldungen mehr gewünscht. Die Vizepräsidentin lässt über die stadträtlichen Anträge abstimmen:

1. *Der Ausbau der Stadtpolizei Zofingen zur Regionalpolizei Zofingen ab dem 1. Januar 2007 sei zu genehmigen.*

Der Antrag wird mit 35 : 0 Stimmen angenommen.

2. *Der Anpassung des Stellenplans nach den kantonalen Vorgaben und den beigetretenen Gemeinden sei zuzustimmen.*

Der Antrag wird mit 35 : 0 Stimmen angenommen.

3. *Der Stadtrat sei zu ermächtigen, die Gemeindeverträge mit den beitriftswilligen Gemeinden abzuschliessen.*

Der Antrag wird mit 35 : 0 Stimmen angenommen.

4. *Der Stadtrat sei zu ermächtigen, Vertragsänderungen und -anpassungen mit den beteiligten Gemeinden selber vorzunehmen, sofern deren Folgen für die Stadt Zofingen oder unmittelbar deren Einwohnerinnen und Einwohner nicht von erheblicher finanzieller Bedeutung sind (§ 20 Abs. 2 lit. h Gemeindegesetz).*

Der Antrag wird mit 35 : 0 Stimmen angenommen.

Art. 35

GK 62

Motion von Philipp Hangartner (SVP) vom 15. Mai 2006 betr. Nutzung des Einsparungspotentials durch neue Informatik-Lösung (Begründung und Beantwortung)

Hr. Philipp Hangartner erklärt, dass gemäss Finanzplan bis im Jahr 2011 eine Verschuldungszunahme von 31 Mio. Franken resultiert. Die Kosten nehmen mehr zu als die geplanten Erträge. Nur wenige Bereiche können durch den Stadtrat in Bezug auf die Rechnung noch selber bestimmt werden. Der Einwohnerrat hat an einer der letzten Sitzungen einen Kredit für eine neue Informatik-Lösung der Stadtverwaltung gesprochen. Die Notwendigkeit dieser Vorlage ist unbestritten, und er spricht dem Stadtrat auch die Kompetenz für die Einführung einer neuen Informatik-Lösung zu. Er hat aber ein wenig Bedenken, dass es auch zu einer Prozessoptimierung kommt.

Die meisten Privatbetriebe führen eine neue Software ein, um Betriebsabläufe zu straffen und Kosten zu sparen. Ganz selten werden alte Betriebsabläufe übernommen und auf die neue Software kopiert. Es wird auch meist die Gelegenheit genutzt, um ein Prozessengineering durchzuführen. Dies sollte zwingend vor der Einführung stattfinden, weil es danach nichts mehr bringt.

Der Stadtrat hat erklärt, dass in der Stadtverwaltung ein IT-System im Prozessmanagement als Hilfs- und nicht als Sparmittel eingesetzt wird.

Mit der Motion will man sich nicht in die Detailplanung einmischen. Es wird nur gefordert, dass eine Prozessplanung stattfindet.

Hr. Hans-Ruedi Hottiger, Stadtammann, erklärt, dass gemäss § 26 der Gemeindeordnung vom 13. September 2004 jedes Mitglied des Einwohnerrates beim Vorsitzenden in Form einer allgemeinen Anregung oder eines ausgearbeiteten Entwurfs schriftlich die Behandlung von Gegenständen verlangen kann, die **in die Zuständigkeit der Gesamtheit der Stimmberechtigten oder des Einwohnerrates fallen**. Wird die Motion erheblich erklärt, so hat der Stadtrat dem Einwohnerrat innert eines Jahres Bericht zu erstatten und Antrag zu stellen.

Der Motionär verlangt vom Stadtrat zusammenfassend eine Planung, aus der ersichtlich ist, wo welche Prozesse der Stadtverwaltung dank der neuen Informatik-Lösung gestrafft werden können. Im Grundsatz ist dieses Anliegen nicht motionswürdig, denn die unmittelbare Aufsicht über die Stadtverwaltung liegt gemäss § 32 GO klar in der Kompetenz des Stadtrates. Dazu gehört namentlich auch die Festlegung der Strukturen (Organigramm) und Abläufe (Prozesse) der Stadtverwaltung, verbunden mit der Bereitstellung der personellen Mittel im Rahmen des Stellenplans.

Der Stadtrat wäre allenfalls bereit, das Anliegen in Form eines Postulates zu übernehmen. Dazu braucht es aber die Bereitschaft des Motionärs, seine Motion in ein Postulat umzuwandeln. Falls der Motionär dazu nicht bereit ist, beantragt der Stadtrat die Abweisung der Motion. Unabhängig davon liegt es jedoch auch im Interesse des Stadtrates, den Einwohnerrat über die seit 1. Januar 2006 eingeleiteten Veränderungen in den Strukturen und Abläufen der Stadtverwaltung zu informieren. Um so mehr als auch die Finanz- und Geschäftsprüfungskommission in ihrem Bericht verschiedene Schwachstellen (u.a. fehlende Prozess-Dokumentation) geortet und vom Stadtrat Massnahmen gefordert hat.

Sinn und Zweck der Informatik-Systeme

- Informatik-Systeme gehören zum Alltag jeder Verwaltung und jedes Unternehmens.
- Informatik-Systeme sind kein „Allerheilmittel“, aber ein wichtiges Arbeitsinstrument.
- Die neue Informatik-Lösung wurde vom Stadtrat nie als Sparpotenzial tituliert, sondern als Instrument zur Erfüllung der stetig steigenden Anforderungen (Qualität, Quantität).
- Informatik-Systeme (Hard- und Software) müssen in regelmässigem Rhythmus (ca. 3 – 5 Jahre) erneuert werden, um qualitativ zu genügen.
- Informatik-Systeme unterstützen die Verwaltung bei den stetig gesteigerten Anforderungen der Bevölkerung an Darstellung, Datenaufbereitung und vor allem im Tempo der Leistungserbringung.
- Mit der neuen Informatik-Lösung werden elektronische Schnittstellen zwischen den einzelnen Modulen (z.B. zwischen Einwohnerkontrolle und Finanzen) geschaffen oder verbessert. Damit können interne Prozesse optimiert werden.

Die Optimierung der Prozesse ist das Ziel!

- Das Informatik-System kann helfen, Prozesse in der Verwaltung zu straffen.
- Dieses Optimieren der Prozesse ist aber in erster Linie eine Frage der Prozessabläufe, der Planung, der Organisation und der Verantwortlichkeiten.

Deshalb hat der Stadtrat seit 1. Januar 2006 folgende Massnahmen eingeleitet:

- Definition von Jahreszielen, abgeleitet aus dem Legislaturprogramm.
- Einführung des Ressort-Führungssystems.
- Stellenbeschriebe für alle Kader-Mitarbeitenden (klare Verantwortlichkeiten).
- Einführung eines Aufgaben- und Projekt-Controllings.
- Verbesserung des Projekt-Managements (u.a. Definition von Meilensteinen, Ressourcen, usw.).
- Regelmässige (monatliche) Weiterbildung des Kaders.
- Projekt „Prozess-Management“ – Kick off am 16. August (Stadtrat) bzw. 28. August (Kaderinfo).

Die Informatik-Systeme werden im Prozess-Management als unabdingbare Hilfsmittel eingesetzt, aber nicht als Mittel zum Sparen!

Mit der Optimierung der Prozesse kann dann

- die Effizienz gesteigert werden.
- ein gewisses Sparpotenzial ausgeschöpft werden.

Dieses Sparpotenzial wird aber durch stetig steigende Anforderungen in der Regel wieder „aufgefressen“.

Zusätzliches und dauerhaftes Sparpotenzial ist fast nur bei Verzicht auf Leistungen (ganze Prozesse) möglich.

Die Organisation der Prozesse liegt eindeutig in der Kompetenz des Stadtrates. Daher beantragt der Stadtrat die Ablehnung der Motion bzw. die Umwandlung der Motion in ein Postulat.

Hr. Philipp Hangartner erklärt, dass er die Motion in ein Postulat umwandelt unter der Voraussetzung, dass das Postulat nicht sofort abgeschrieben wird.

Da keine weiteren Wortmeldungen mehr erfolgen, lässt die Vizepräsidentin über die Überweisung des Postulates abstimmen:

Der Überweisung des Postulates wird mit 24 : 7 Stimmen zugestimmt.

Art. 36**GK 64****Interpellation der SP-Fraktion vom 15. Mai 2006 betr. Textiles Werken an der Unterstufe (Be-gründung und Beantwortung)**

Hr. Elmar Bertschinger erklärt, dass das Textile Werken an der Unterstufe auf spielerische Art und Weise die Feinmotorik und die praktischen Fähigkeiten fördert. Es gibt Gemeinden, in welchen die Eltern das Textile Werken an der Unterstufe finanzieren, was aber nicht wünschenswert ist. Es gibt aber auch Gemeinden, welche das Textile Werken als Gesamtheit finanzieren. Er hofft, dass sich auch Zofingen für diese Lösung entschliessen kann.

Hr. Hans-Ruedi Hottiger, Stadttammann, hält fest, dass der Stadtrat für die Beantwortung der Fragen mit der Schulpflege Rücksprache nahm.

1. Wie beurteilen Schulleitung, Schulpflege und Stadtrat die Bedeutung des „Textilen Wer-kens“ für Schulkinder der Unterstufe?

Der Stadtrat ist der Überzeugung, dass Unterstufenschülerinnen und -schüler eine ganzheitliche Bildung erhalten sollen, welche neben den intellektuellen auch die sozialen, emotionalen und handwerklichen Bereiche umfassen muss. Diese umfassende Bildung kann im Blockzeiten-Unterricht, wie er in Zofingen seit diesem Schuljahr angeboten wird, besser verwirklicht werden als im vorherigen System. Das war für den Stadtrat ein entscheidender Grund, die Einführung der Blockzeiten an den Zofinger Schulen zu forcieren.

2. Beabsichtigen Schulleitung, Schulpflege und Stadtrat im Hinblick auf die Einführung der Blockzeiten im August 2006 das Unterrichtsfach „Textiles Werken“ in der zweiten Klasse anzubieten?

Mit der Einführung der Blockzeiten haben auch die Unterrichtsmethoden auf der Unterstufe einige Änderungen erfahren. Während vier Lektionen ist seit diesem Schuljahr an der 1. und 2. Klasse eine zweite Lehrperson anwesend. Mit entsprechenden Unterrichtsformen werden die Schülerinnen und Schüler nicht nur in den intellektuellen, sondern auch in den sozialen und den handwerklichen Bereichen gefördert. Der Stadtrat ist überzeugt, dass damit eine ganzheitliche Bildung auch ohne das von einer Fachperson unterrichtete „Textile Werken“ möglich ist.

3. Falls nein? Wieso nicht? Ist eine spätere Einführung vorgesehen?

Der Kanton schreibt verbindlich vor, welche Fächer mit welchen Stundendotationen an den aargauischen Volksschulen zu unterrichten sind. Die Hoheit des Kantons bezüglich der Stundentafeln in den Volksschulen macht Sinn, denn sie garantiert eine gewisse Chancengleichheit unserer Kinder in der Bildung. Mit der Annahme eines schweizerischen Bildungsartikels stehen im Bildungsbereich zudem die Zeichen im Moment auch eher auf Harmonisierung denn auf Individualisierung.

Der Regierungsrat des Kantons Aargau beantwortete denn auch ein ähnlich gelagertes Postulat wie das vorliegende wie folgt:

Der Kanton sieht vor, bis zum Jahr 2008 flächendeckende Blockzeiten einzuführen. Dies bedingt einen Ausbau des Unterrichts an der 1. und 2. Klasse der Primarschule von 19 bzw. 20 Lektionen auf mindestens 24 Lektionen. In diesem Zusammenhang ist die Stundentafel grundsätzlich neu zu überdenken. Weitere Projekte, welche die Überarbeitung der Stundentafel bedingen, sind die Einführung der Grund- und Basisstufe, des Primarschul-englisch, und die Harmonisierung der Schule Aargau mit der Ausdehnung der Primarschule auf 6 Jahre. Sodann steht zur Diskussion, den gesamten gestalterischen Bereich (Textiles Werken, Bildnerisches Gestalten und Werken) neu zu regeln und als einen Gesamtbereich anzusehen.

Der Stadtrat erachtet es darum als sinnvoll, die kantonalen Änderungen – vor allem in letzterem Bereich – abzuwarten und nicht eine „Zofinger Insellösung“ zu kreieren, welche in wenigen Jahren wieder überholt ist. Dies um so mehr, als der Blockzeiten-Unterricht in Zofingen bereits in Richtung einer ganzheitlichen Bildung im gestalterischen Bereich zielt.

4. Wie hoch wären die einmaligen und wiederkehrenden Kosten für Zofingen bei einem Angebot für die zweite Klasse.

Da seit der flächendeckenden Einführung der Blockzeiten für die Unter- und Mittelstufe in Zofingen während vier Stunden pro Woche so schon eine zweite Lehrperson pro Klasse anwesend ist, könnte das „Textile Werken“ in der zweiten Klasse kostenneutral eingeführt werden.

Hr. Elmar Bertschinger erklärt, dass er mit der Beantwortung seiner Interpellation nicht zufrieden ist.

Art. 37

GK 65

Interpellation der FDP-Fraktion vom 15. Mai 2006 betr. Kreisel Luzernerstrasse (Begründung und Beantwortung)

Hr. Fritz Hirschi erklärt, dass mit den Verkehrskreiseln die Sicherheit aller Verkehrsteilnehmer erhöht werden kann. Bei seiner Interpellation geht es speziell um den Oberen und Unteren Stadteingang sowie den Knoten Riedtal. Der Obere Stadteingang ist sicher abhängig vom Verkehrsregime rund um die Altstadt. Beim Unteren Stadteingang wurde eine Belagssanierung vorgenommen, aber es konnte an der schwierigen Verkehrssituation nichts verbessert werden. Wenn beim Knoten Riedtal ebenfalls einmal eine Belagssanierung vorgenommen werden sollte, wäre es sinnvoll, gleichzeitig einen Kreisel zu bauen.

Hr. Urs Schaufelberger, Vizeammann, erklärt, dass zurzeit in der näheren und weiteren Umgebung der Altstadt Zofingen im Bereich „Tiefbau“ verschiedene Projekte und Planungen in Arbeit sind, welche die künftigen Verkehrsflüsse massgeblich beeinflussen werden:

- Spange Aeschwahr/ERZO
- Unterführung Strengelbacherstrasse
- Richtplan Untere Vorstadt (u.a. Verkehrsführung im Bereich Unterer Stadteingang)

Gestützt auf diese Ausgangslage hat der Stadtrat Zofingen in den vergangenen Monaten – in enger Zusammenarbeit mit dem Kanton – neue Verkehrszählungen (Querschnitts- und Knotenzählungen) veranlasst. Auf der Grundlage dieser Daten werden zurzeit verschiedene, computergestützte Verkehrsmodelle und Szenarien rund um die Altstadt simuliert (Ist-Zustand mit Gegenverkehr, konsequenter Einbahnverkehr um die Altstadt, Einbahnverkehr mit Ausnahme von Bus/Velo und partieller Einbahnverkehr) und die Ergebnisse auf den Verkehrsfluss bzw. auf die baulichen Massnahmen untersucht. Die Resultate und Schlussfolgerungen dieser Untersuchungen werden dem Stadtrat in den nächsten Wochen präsentiert.

1. Ist im Zusammenhang mit der Altstadtverkehrsprüfung nicht nur am Unteren sondern auch am Oberen Stadteingang ein Kreisel vorgesehen?

K104 Kreisel Oberer Stadteingang

Die Eignung eines einfachen Verkehrskreisels an diesem Knoten – gekoppelt mit dem heutigen Verkehrsregime – wurde schon vor Jahren erkannt (Skizze vorhanden). Die damals noch nicht allzu lange realisierte Knotenänderung mit Belagssanierung zwang jedoch zu einer vorläufigen Zurückstellung des Kreiselprojektes.

Die zurzeit laufenden Abklärungen und Berechnungen – welche selbstverständlich auch Kreisvarianten am Oberen Stadteingang beinhalten – werden Klarheit über die baulichen Konsequenzen und die geeignete Knotenform schaffen. Eine konkretere Beurteilung von baulichen Massnahmen kann voraussichtlich im Rahmen des nächsten Budgets vorgenommen werden.

2. Ist der Stadtrat bereit mit dem Kanton Kontakt aufzunehmen, um eine Projektierung der Kreisel Luzernerstrasse auszulösen?

K104/K307 Kreisel Riedtal

Der Knoten Riedtal (Ortseingang) weist eine zunehmende Belastung auf. Der Verkehrsfluss bei den Einmündungen der K307 Altachenstrasse und Riedtalstrasse in die K104 Luzernerstrasse ist schwieriger geworden; das Unfallrisiko entsprechend höher. Insgesamt 5 Buslinien führen vom Bahnhof über die K104 zum Knoten Riedtal und trennen sich in 3 verschiedene Richtungen. Der Kreisel Riedtal ist bereits in der Planung. Da aufgrund des rein baulichen Zustandes des Knotens kein akuter Handlungsbedarf besteht, plant der Stadtrat die Umgestaltung der Kreuzung zeitlich mit der Belagserneuerung im Rahmen von zyklisch wiederkehrenden Werterhaltungsmassnahmen vorzunehmen (Fälligkeit in ca. 5 – 6 Jahren). Dieses Projekt ist bereits im Finanz- und Investitionsplanung des Stadtrates unter der Rubrik „Diverse Tiefbauprojekte“ eingestellt. Der Stadtrat wird – in enger Zusammenarbeit mit dem Kanton – die konkrete Projektierung rechtzeitig an die Hand nehmen.

Hr. Fritz Hirschi erklärt, dass er mit der Beantwortung zufrieden ist.

Art. 38

Umfrage

Hinweis der Protokollführung

An der Einwohnerratssitzung wurden zuerst alle Fragen gestellt und danach folgten die Beantwortungen durch den Stadtrat. Aus Gründen der Übersichtlichkeit folgt im Protokoll die jeweilige Beantwortung gleich nach der Frage.

Hr. Elmar Bertschinger stellt fest, dass die Stadt Zofingen den Powerman mit jährlich rund CHF 40'000.– unterstützt. Der Aufbau der ganzen Infrastruktur und Tribüne beläuft sich auch auf rund CHF 40'000.–. Bedenkt man, dass bei der Trinerplatten die Infrastruktur und Tribüne bereitstehen, kann er diese finanzielle Unterstützung nicht ganz nachvollziehen. In diesem Bereich sieht er ein Sparpotenzial. Kann der Stadtrat die Veranstalter dazu bewegen, die bestehende Infrastruktur bei den Trinerplatten zu nutzen?

Hr. Hans-Ruedi Hottiger, Stadtammann, nimmt diesen Vorschlag gerne auf. Es ist aber auch zu bedenken, dass die Sportler/innen irgendwie in die Trinerplatten kommen müssen. Betreffend der finanziellen Unterstützung ist es so, dass die Stadt Zofingen den Powerman jährlich mit Naturalleistungen von CHF 20'000.– und CHF 5'000.– in bar als Werbebeitrag unterstützt. Das OK Powerman bezieht im Gegenzug von der Stadt Zofingen Leistungen von rund CHF 40'000.–/50'000.–. Diese Leistungen beinhalten Miete und zur Verfügung stellen von Räumlichkeiten. Sie werden aufgelistet und verrechnet. Im Gegenzug spricht der Stadtrat Anlässen, welche eine grosse Bedeutung für Zofingen haben (Werbe- und Imagezweck), finanzielle Unterstützungsbeiträge. Es wurden aber klare Auflagen für eine weitere Unterstützung erlassen.

Hr. Elmar Bertschinger spricht das Thema Buskapazität zwischen Zofingen und Bottenwil an. Die Postbus-Chauffeure haben eine Zählung durchgeführt, die ergab, dass sich in einem Bus 92 Personen befanden, erlaubt sind rund 70 Personen. Dieser Zustand ist darum sehr fragwürdig, weil zirka drei/vier Minuten vor dem Postauto ein leerer grauer Schulbus mit 10 bis 15 Plätzen Richtung Mühlethal fährt, um dort Schüler abzuholen. Können diese beiden Busse nicht so

miteinander kooperieren, dass der Schulbus auf dem Weg nach Mühlethal ein paar Schüler/innen mitnehmen kann?

Hr. Urs Schaufelberger, Vizeammann, erklärt, dass die Thematik dem Stadtrat bekannt ist. Es ist auch richtig, dass es unsinnig ist, dass der Post-Bus überfüllt und der Schulbus fast leer fährt. Der Stadtrat hat eine Kooperation dieser beiden Busse geprüft; hier stellt sich aber folgende Problematik: Schulschluss ist um 11.45 Uhr, wenn nun der Schulbus auf dem Weg nach Mühlethal Schüler/innen aufladen würde, könnte er in Mühlethal nicht mehr pünktlich um 12.00 Uhr abfahren und somit würde sich die Mittagszeit der Schüler/innen verkürzen.

Der Kurs Richtung Mühlethal wird doppelt geführt. Der erste Bus ist im Vergleich mit dem zweiten überfüllt. Es wäre sinnvoll, wenn sich die Fahrgäste besser auf diese beiden Busse verteilen würden. Die Problematik wird aber vom Stadtrat weiter verfolgt.

Hr. Hans-Ruedi Hottiger, Stadtammann, ergänzt, dass in Bezug auf den Schulbus vor zwei Jahren grosse Diskussionen betreffend den Schüler/innen, die aus dem alten Zofinger Ortsteil in den Ortsteil Mühlethal in die Schule müssen, stattfanden. Diese Diskussionen haben sich erledigt. Es gibt sogar Schüler/innen die explizit wünschen, in den Ortsteil Mühlethal eingeteilt zu werden. Man ist aber in Kontakt mit den Busbetreibern, es ist jedoch auch eine finanzielle Frage, ob eine Parallelführung der Busse gewährleistet werden kann.

Hr. Michael Wacker möchte wissen, wie weit die Vorlage Rosengarten ist.

Hr. Hansruedi Gilgen, Stadtrat, erklärt, dass der Stadtrat nach wie vor der Meinung ist, dass die Rosengartenparkanlage umgestaltet werden sollte. Bei einem Gespräch mit den Fraktionsvertretern wurde der Wunsch geäußert, dass die entsprechende Vorlage noch dieses Jahr dem Einwohnerrat vorgelegt werden sollte. Es hängt von den Kapazitäten der Bauverwaltung ab, ob die Vorlage noch an der November-Sitzung oder erst an der März-Sitzung vorgelegt wird.

Fr. Susanne Wirz stellt die Frage, wann die abgebrannten Kinderspielgeräte beim Gemeindeschulhaus wieder aufgebaut werden.

Hr. Hansruedi Gilgen, Stadtrat, antwortet, dass der Spielplatz bis Ende Jahr wieder in Stand gestellt werden sollte. Die Spielgeräte sind zum Teil Spezialanfertigungen und haben deshalb entsprechende Lieferfristen.

Fr. Patricia Misteli stellt fest, dass beim Restaurant Rebstock unhaltbare Zustände bestehen. Die Anstösser werden durch den verursachten Lärm massiv belästigt. Wann greift der Stadtrat mit derselben Konsequenz wie beim Restaurant Papisitos durch, und wie präsent ist die Suchthilfe an diesem Ort?

Hr. Herbert H. Scholl, Stadtrat, erklärt, dass es in der Altstadt verschiedene Lärmquellen von Gastgewerbebetrieben hat. Der Stadtrat hat die Problematik erkannt und ist dabei, in Zusammenarbeit mit der Polizei, die Lärmquellen einzudämmen. Es ist jedoch nicht nur ein Problem, welches das Ressort Sicherheit betrifft, sondern beinhaltet auch eine soziale Komponente. Der Stadtrat wird sich diesem Problem aber annehmen.

Fr. Yolanda Senn Ammann stellt fest, dass vor der Turnhalle des Gemeindeschulhauses auf dem Parkplatz ein Glassammelbehälter steht. Dieser Behälter stand früher hinter der Turnhalle und musste wegen dem neuen Schulbau umplatziert werden. Sie sieht ein grosses Gefahrenpotenzial aufgrund des vermehrten Autoverkehrs und den Glasscherben. Muss dieser Glassammelbehälter unbedingt auf dem Schulgelände stehen?

Hr. Hansruedi Gilgen, Stadtrat, erklärt, dass die Glassammelstelle eine Pendenz zusammen mit dem Werkhof ist. Die jetzige Lösung befriedigt ihn auch nicht. Der richtige Standort wäre eigentlich der Parkplatz beim Amslergut.

Hr. Thomas Bühler findet, dass der Durchgang im oberen Teil bei der Abdankungshalle viel besser und sicherer geworden ist. Jedoch hat es wieder viele neue, unschöne Sprayereien. Um diesem etwas entgegen zu treten, wäre eine bessere Beleuchtung sicher sinnvoll.

Hr. Hansruedi Gilgen, Stadtrat, erklärt, dass beim Projekt Umgestaltung Rosengarten ganz sicher auch die Beleuchtung angepasst wird. Er hat auch festgestellt, dass sich der Vandalismus in diesem Gebiet verstärkt hat.

Hr. Herbert H. Scholl, Stadtrat, ist auch der Meinung, dass die Ordnung rund um die Abdankungshalle sehr zu wünschen übrig lässt. Es werden in Zukunft in diesem Gebiet seitens der Polizei vermehrt Kontrollen stattfinden.

Schluss der Sitzung: 20.53 Uhr

Für getreues Protokoll:

DIE VIZEPRÄSIDENTIN

Käthi Hagmann

DER PROTOKOLLFÜHRER

Arthur Senn